

## **Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung des Rates am 17.09.1998**

---

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 20.40 Uhr

Anwesend waren:

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

**SPD**

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt - Vorsitzender -

I. Bürgermeisterin Lina Meyer

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Hans Abels

Ratsherr Dieter Dilling

(ab TOP 5)

(bis 19.00 Uhr)

Ratsherr Reinhard Docter

Ratsfrau Herta Everwien

Ratsherr Hans Grigull

Beigeordnete Helga Grix

Beigeordneter Hans-Dieter Haase

Beigeordneter Jürjen Heinks

Ratsfrau Inge Hoffmann

Ratsherr Horst Jahnke

Ratsherr Wilhelm Jerems

Beigeordneter Wilhelm Leeker

Ratsherr Rico Mecklenburg

Ratsherr Friedhelm Merkentrup

Ratsfrau Elfriede Meyer

Ratsherr Karl-Gerhard Pauels

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Beigeordnete Jenny Tamminga

Ratsherr Johann Wessels

Ratsherr Richard Woldmer

**CDU**

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Ahlrich Groeneveld

Ratsherr Reinhard Hegewald

Ratsherr Uwe Hellmann

Beigeordneter Heinz Werner Janßen

Ratsfrau Sieglinde Kaune

Ratsherr Nils Köhler

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr Benedikt Rosenboom

Ratsherr Werner Vollprecht

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ratsherr Bernd Renken  
Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders  
Ratsherr Günter Strelow  
Ratsherr Hermann Züchner

(bis 19.45 Uhr)

## **F.D.P.**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Erich Bolinius

## **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Stadtbaurat Jan Röttgers  
Stadtrat Ewald Fürst  
Städt. Direktor Heinz-Bernhard Schmidt  
Stadtangestellte Ursula Pientka als Protokollführerin

ca. 50 Zuhörer  
Vertreter der örtlichen Presse

### **Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Herr Brinkmann** führt aus, es stehe heute eine Neukonstituierung des Rates an, in dem er nicht mehr den Vorsitz führen werde. Da Herr Reinhard Docter als ältestes anwesendes Ratsmitglied darauf verzichte, den Vorsitz zu übernehmen, bitte er Herrn Dr. Kleinschmidt als zweitältestes Ratsmitglied, die Sitzung zu leiten bis zur Wahl der bzw. des neuen Ratsvorsitzenden.

**Herr Dr. Kleinschmidt** erklärt sein Einverständnis und übernimmt den Vorsitz. Er eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Ratssitzung sind 40 Ratsmitglieder anwesend.

### **Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** teilt mit, ihm liege ein Antrag der F.D.P.-Fraktion vor, die TOP 22 Vorlage 13/288/1 "Aufhebung des Vorrangstandortes für Windenergie im Borssumer Hamrlich" sowie TOP 27 Vorlage 13/604 "Bebauungsplan D 137 Stadtteil Harsweg (Aufstellungsbeschuß Stadium I)" von der Tagesordnung zu nehmen. Gleichzeitig werde TOP 31 "Geflügelmastbetrieb, F.D.P.-Antrag vom 27.07.1998", wie in der VA-Sitzung angekündigt, zurückgezogen. Dieser solle zunächst im Stadtplanungsausschuß behandelt werden.

Des weiteren sei ihm ein gemeinsamer Eilantrag der F.D.P.- und CDU-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugegangen, den Punkt "Klage der Stadt Emden gegen den Nichteinbau einer Schleuse im geplanten Emssperrwerk bei Gandersum" zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** stellt fest, daß TOP 31 von der Tagesordnung abgesetzt wird, und erteilt Herrn Bolinius zu TOP 22 das Wort.

**Herr Bolinius** führt aus, es habe gestern ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden und den zukünftigen Betreibern sowie Herrn Rechtsanwalt Berghaus (Fachanwalt für Verwaltungsangelegenheiten, insbesondere für Windenergieanlagen) stattgefunden. Dabei sei man zu der Erkenntnis gekommen, daß zwischen den von der Verwaltung und dem Fachanwalt vertretenen Auffassungen große Diskrepanzen bestünden. Die Argumente von Herrn RA Berghaus seien für ihn nachvollziehbar und logisch. Sollte dieser Beschluß heute, so wie von der Verwaltung vorgeschlagen, gefaßt werden, könnte u.U. großer Schaden für die Stadt Emden entstehen.

Dieser Punkt sollte deshalb heute abgesetzt und in einer späteren Sitzung in Ruhe beraten werden, wenn entsprechende Gutachten eingeholt worden seien.

**Herr Leeker** weist darauf hin, daß man gestern mit der Betreibergesellschaft und dem Anwalt verabredet habe, heute erneut ein Gespräch zu führen in Gegenwart der Verwaltung, um zu hören, wie die andere Seite das beurteile. Er spreche sich dafür aus, heute nach entsprechender Diskussion zu einer Entscheidung zu kommen. Von daher könne man dem Antrag nicht zustimmen.

**Herr Janßen** entgegnet, über den Antrag der F.D.P.-Fraktion müsse man nachdenken so wie über das, was man gestern gehört habe. Insofern würde er sich dem Wunsch der F.D.P.-Fraktion anschließen.

**Herr Renken** erklärt, seine Fraktion habe auch an dem Gespräch teilgenommen. Sie unterstütze den Antrag der F.D.P.-Fraktion.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Antrag abstimmen.

Beschluß: Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, Punkt 22 Vorlage 13/ 288/1 "Aufhebung des Vorrangstandortes für Windenergie im Borssumer Hammrich" heute abzusetzen, wird abgelehnt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 24  
Dagegen: 16

**Herr Dr. Kleinschmidt** bittet die F.D.P.-Fraktion um Erläuterung zu TOP 27.

**Herr Dr. Beisser** führt aus, hier gebe es eine ähnliche Begründung. Es sollten noch Gespräche mit dem Bürgerverein Harsweg und der Betreiberin geführt werden. Der Termin habe sich jedoch zerschlagen, so daß ein Informationsdefizit bestehe.

**Herr Leeker** ist erstaunt über diesen Antrag, da man sich in den vorhergehenden Gesprächen darauf geeinigt habe, dieses Verfahren in Gang zu setzen. Man habe sich dafür entschieden, alle Betroffenen anzuhören, und vor allen Dingen die Anwohner in Harsweg. Seine Fraktion wolle es bei der alten Vereinbarung belassen und sage allen zu, daß das Verfahren beendet werde, wenn man zu der Überzeugung komme, daß dies gerechtfertigt sei.

**Herr Janßen** bemerkt, die vier Fraktionen einschließlich der F.D.P. hätten sich darauf geeinigt, das Verfahren so laufen zu lassen. Seine Fraktion werde deshalb den Antrag ablehnen.

**Herr Renken** erklärt, seine Fraktion lehne den Antrag ebenfalls ab.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Antrag abstimmen.

Beschluß: Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, Punkt 27 Vorlage 13/604 "Bebauungsplan D 137 Stadtteil Harsweg (Aufstellungsbeschluß Stadium I)" heute abzusetzen, wird abgelehnt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür 38  
Dagegen 2

**Herr Bolinius** begründet den gemeinsamen Eilantrag mit dem Beschlußvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich eine Klage gegen den Nichteinbau einer Schleuse im geplanten Emssperrwerk bei Gandersum einzureichen.

wie folgt:

"Ohne Schleuse stellt das Sperrwerk für die Emdener Hafenwirtschaft eine erhebliche Benachteiligung dar, weil wichtige umsatzstarke Kundschaft im Emsland über die Ems zuverlässig, d.h. insbesondere störungsfrei beliefert werden muß. Mit dem Bau einer Schleuse wären die hafengewirtschaftlichen und schiffahrtlichen Nachteile für die Emdener Hafenwirtschaft und deren Kunden oberhalb des Sperrwerks zwar nicht beseitigt, aber doch erheblich gemildert (im einzelnen siehe Resolution vom 09.07.1998).

Ferner hat der Kreisgeschäftsführer der Gewerkschaft ÖTV und stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD, Friedhelm Merkentrup, lt. EZ vom 26.06.1998 gesagt: 'Alle müssen sich zusammen mit der Stadt Leer vehement dafür einsetzen, daß das Sperrwerk nur mit einer Schleuse gebaut wird. Selbst wenn die Sperrzeiten nur unerheblich sind - keine Schleuse bedeutet ein psychologisches Problem. Es behindert die Arbeit der hiesigen Hafenfirmer. Sie bekommen dadurch erheblich schwerere Verkehre über die Emshäfen.'

Die Stadt Leer klagt inzwischen. Deshalb hoffen wir, daß auch die Emdener SPD-Fraktion ja zu einer Klage sagt."

**Herr Merkentrup** entgegnet, nicht die Stadt Leer, sondern die Stadtwerke betrieben als Direktbetroffene das Klageverfahren, was ein Unterschied sei. Er glaube nicht, daß es richtig sei, juristisch vorzugehen.

Einig seien sich dagegen alle Fraktionen über die Bewertung dessen, was notwendig sei im Zusammenhang mit dem Sperrwerk. Dies sei zum Ausdruck gekommen bei der Verabschiedung der Resolution, wo man übereinstimmend festgestellt habe, was man von einem Sperrwerk ohne Schleuse halte. Nicht nur von der Hafengewirtschaft, sondern von allen politisch Verantwortlichen im ostfriesischen Raum, egal welcher Parteizugehörigkeit, werde die Ansicht vertreten, daß es dringend erforderlich sei, die Schleuse zu bauen.

Im übrigen möchte er darauf hinweisen, daß der Ministerpräsident eine Arbeitsgruppe einsetzen werde, der auch Vertreter der Hafengewirtschaft angehören, um sich mit dem Einbau einer Schleuse zu befassen. Aus seiner Sicht gebe es keinen Grund, über ein juristisches Verfahren abzustimmen. Seine Fraktion lehne deshalb den Antrag ab.

**Herr Bongartz** bemerkt, wenn die Bezirksregierung in einem Planfeststellungsverfahren darlege, daß eine Schleuse für dieses Sperrwerk nicht erforderlich sei, dann könne er sich

nicht vorstellen, daß Leute sich hinsetzten und ein Planfeststellungsverfahren für einen Schleusenbau in Gang setzten.

Man sei wieder in der Situation, daß man in Emden nicht mit den Wünschen durchkomme, was Hafen und Ems angehe. Gleichwohl sei man der gesamten Hafenwirtschaft und allen Betroffenen schuldig, jede Möglichkeit zu prüfen und zu nutzen, um die Interessen der Stadt Emden mit Nachdruck zu unterstützen. Seine Fraktion spreche sich für diesen Antrag aus.

**Herr Renken** kann nur seine schon im Stadtplanungsausschuß vorgetragene Meinung wiederholen, daß derjenige, der das Problem mit politischen Mitteln lösen wolle, auf dem Holzweg sei. Das habe man schon des öfteren erleben müssen. Er bitte deshalb zu akzeptieren, daß die politischen Bemühungen am Ende der Fahnenstange angelangt seien und man deshalb mit aller Macht auf der juristischen Ebene die Interessen der Stadt durchsetzen müsse. Seine Fraktion stimme für diesen Antrag.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über den Antrag abstimmen.

Beschluß: Der gemeinsame Antrag der F.D.P.- und CDU-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Punkt "Klage der Stadt Emden gegen den Nichteinbau einer Schleuse im geplanten Emssperrwerk bei Gandersum" auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür 24  
Dagegen 16

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.1998

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/625  
Feststellung des Sitzverlustes des Rats Herrn Alwin Brinkmann

Beschluß: Der Rat stellt fest, daß die Voraussetzungen gem. § 37 Abs. 1 Nr. 1 NGO für den Sitzverlust des Rats Herrn Alwin Brinkmann vorliegen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/626  
Nachrücker eines Ersatzmannes in den Rat der Stadt Emden sowie Pflichtenbelehrung und Verpflichtung

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, der im Rat der Stadt Emden freigewordene Sitz des Rats Herrn Alwin Brinkmann, der seinen Verzicht gem. § 37 Abs. 1 Ziff. 1 NGO schriftlich erklärt

habe, gehe aufgrund des Ergebnisses der Kommunalwahl vom 15.09.1996 gem. § 44 Abs. 1 NKWG auf

Herrn Dieter Dilling, Ulmenstraße 38, 26725 Emden

über. Mit Schreiben vom 21.07.1998 (zugestellt am 23.07.1998) sei Herr Dilling über den Sitzübergang informiert worden. Da er die Annahme des Ratssitzes nicht innerhalb einer Woche abgelehnt habe, gelte der Sitz gem. § 40 NKWG als angenommen.

**Herr Brinkmann** verpflichtet Ratsherrn Dilling, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten. Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift gefertigt.

Punkt 6: Vorlage 13/627  
Wahl der/des Ratsvorsitzenden

**Herr Woldmer** übernimmt den Vorsitz und bittet um Wahlvorschläge.

**Herr Leeker** schlägt namens der SPD-Fraktion Herrn Dr. Heinrich Kleinschmidt vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, läßt **Herr Woldmer** über den Wahlvorschlag abstimmen.

Beschluß: Für die laufende Wahlperiode wird  
Dr. Heinrich Kleinschmidt  
zum Ratsvorsitzenden gewählt.

Ergebnis: einstimmig

**Herr Dr. Kleinschmidt** nimmt die Wahl an, bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und übernimmt wieder den Vorsitz.

Punkt 7: Vorlage 13/628  
Bestimmung der stellvertretenden Ratsvorsitzenden

**Herr Dr. Kleinschmidt** teilt mit, die Fraktionen, die nicht den Ratsvorsitzenden stellten, hätten das Recht, eine/n stellvertretende/n Ratsvorsitzende/n zu benennen.

**Herr Janßen** schlägt namens der CDU-Fraktion Frau Kaune vor.

**Herr Renken** schlägt namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Schmidt-Reinders vor.

**Herr Dr. Beisser** schlägt für die F.D.P.-Fraktion Herrn Bolinius vor.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über die Wahlvorschläge einzeln abstimmen.

Beschluß: Der Rat stellt fest, daß folgende Personen den Ratsvorsitzenden gem. § 1 Abs. 2 Geschäftsordnung des Rates vertreten:

Sieglinde Kaune

Christine Schmidt-Reinders

Erich Bolinius

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Vorlage 13/629/1  
Neubildung des Verwaltungsausschusses

Beschluß: Der Rat stellt folgende Sitzverteilung im Verwaltungsausschuß fest:

7 Sitze entfallen auf die SPD-Fraktion

2 Sitze entfallen auf die CDU-Fraktion

1 Sitz entfällt auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als Beigeordnete und als deren Vertreter/innen werden folgende Ratsfrauen bzw. Ratsherren bestimmt:

|  | <u>Beigeordnete/r</u>  | <u>Vertreter/in</u>  |
|--|--|--|
| <u>SPD-Fraktion</u>                        | Helga Grix<br>Lina Meyer<br>Jenny Tamminga<br>Hans-Dieter Haase<br>Jürgen Heinks<br>Wilhelm Leeker<br>Eiwin Scholl | Richard Janssen<br>Rico Mecklenburg<br>Herta Everwien<br>Horst Jahnke<br>Hans Abels<br>Friedhelm Merckentrup<br>Johann Wessels |
| <u>CDU-Fraktion</u>                        | Helmut Bongartz<br>Heinz Werner Janßen   | Benedikt Rosenboom<br>Ahlich Groeneveld  |
| <u>Fraktion BÜNDNIS 90/<br/>DIE GRÜNEN</u> | Christine Schmidt-Reinders   | Günter Strelow<br>Bernd Renken   |
| <u>F.D.P.-Fraktion<br/>(Grundmandat)</u>   | Erich Bolinius   | Dr. Kurt-Dieter Beisser  |

Ergebnis: einstimmig

Punkt 9: Vorlage 13/630  
Wahl der ehrenamtlichen Vertreter/innen des Oberbürgermeisters

a) Wahl der I. Bürgermeisterin/des I. Bürgermeisters

**Herr Leeker** schlägt namens der SPD-Fraktion die Beigeordnete Lina Meyer als I. Bürgermeisterin vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht gemacht.

**Frau I. Hoffmann** beantragt geheime Wahl.

Als Wahlhelfer werden die Herren Jahnke, Rosenboom, Züchner und Dr. Beisser benannt.

Wahlkabine, Wahlurne und Schreibgerät sind bereitgestellt.

Die Ratsmitglieder gehen einzeln zur Stimmabgabe.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch die Wahlkommission.

**Herr Dr. Kleinschmidt** gibt das Ergebnis wie folgt bekannt:

41 Ratsmitglieder sind anwesend,  
41 Stimmzettel wurden abgegeben.

27 Ratsmitglieder stimmten mit Ja,  
12 Ratsmitglieder stimmten mit Nein,  
2 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Herr Dr. Kleinschmidt stellt fest, daß für den Rest der 13. Wahlperiode die Beigeordnete Lina Meyer zur I. Bürgermeisterin gewählt worden ist, und beglückwünscht sie zu ihrer Wahl.

**Frau Meyer** nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

b) Wahl der II. Bürgermeisterin/des II. Bürgermeisters

**Herr Leeker** schlägt namens der SPD-Fraktion den Beigeordneten Eiwin Scholl vor.

**Herr Bongartz** schlägt namens der CDU-Fraktion den Beigeordneten Heinz Werner Janßen vor und beantragt geheime Wahl.

**Herr Dr. Kleinschmidt** gibt das Ergebnis wie folgt bekannt:

41 Ratsmitglieder sind anwesend,  
41 Stimmzettel wurden abgegeben.

20 Ratsmitglieder stimmten für den Beigeordneten Scholl  
14 Ratsmitglieder stimmten für den Beigeordneten Janßen  
7 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.

Da keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit von 23 Stimmen auf sich vereinigen konnte, wird ein zweiter Wahlgang erforderlich. Es genügt dann die einfache Mehrheit.

**Herr Leeker** schlägt erneut den Beigeordneten Scholl vor.

**Herr Bongartz** schlägt erneut den Beigeordneten Janßen vor.

**Herr Dr. Kleinschmidt** gibt das Ergebnis wie folgt bekannt:

41 Ratsmitglieder sind anwesend,  
41 Stimmzettel wurden abgegeben.

20 Ratsmitglieder stimmten für den Beigeordneten Scholl  
15 Ratsmitglieder stimmten für den Beigeordneten Janßen  
6 Ratsmitglieder enthielten sich der Stimme.



Herr Dr. Kleinschmidt stellt fest, daß für den Rest der 13. Wahlperiode der Beigeordnete Eiwin Scholl zum II. Bürgermeister gewählt worden ist, und beglückwünscht ihn zu seiner Wahl.

**Herr Scholl** nimmt die Wahl an.

Punkt 10: Vorlage 13/631  
Vereidigung des Oberbürgermeisters

**Herr Dr. Kleinschmidt** trägt vor, mit dem Amtsantritt des hauptamtlichen Oberbürgermeisters am 01.09.1998 werde kraft Gesetz ein Beamtenverhältnis begründet. Eine Ernennung mittels Aushändigung einer Ernennungsurkunde finde nicht statt, der Oberbürgermeister sei jedoch verpflichtet, den nach den beamtenrechtlichen Vorschriften (§ 65 NBG) notwendigen Diensteid zu leisten. Die Vereidigung erfolge in der ersten Sitzung des Rates nach Amtsantritt durch die I. Bürgermeisterin.

**Frau Meyer** nimmt die Vereidigung vor und wünscht Herrn Brinkmann für die Ausübung seines Amtes alles Gute.

**Herr Brinkmann** führt aus, ein neuer Abschnitt in der Nachkriegsgeschichte habe begonnen. Die Oberstadtdirektoren Neemann, Lenwerder, Dr. Kleinschmidt, Thoben und Dr. Hinendahl hätten jeweils über einen bestimmten Zeitraum die Verwaltung geführt, und die Oberbürgermeister Frickestein, Rosenberg, Susemihl, Schierig, Klinkenberg und Alberts seien seine Vorgänger im ehrenamtlichen Bereich gewesen.

Es sei für ihn eine große Ehre, daß er seit dem 01.09.1998 das Amt des vom Volke gewählten hauptamtlichen Oberbürgermeisters ausüben dürfe, ein Einschnitt, an den sich sicher alle erst gewöhnen müßten.

Er habe den Eid abgelegt auf die Verfassung eines Landes, das in zwei Weltkriegen zerstört worden sei. Dieses gelte auch und gerade für die Stadt Emden. Gemeinsam hätten die genannten Oberbürgermeister und Hauptverwaltungsbeamten mit den vielen Frauen und Männern im Rat aber auch mit dem wichtigsten Kapital, das eine Stadt habe, mit den Bürgerinnen und Bürgern, diese Stadt wieder aufgebaut, auf die man so stolz sein dürfe.

Das sei nur möglich gewesen, weil es in Deutschland eine Kommunalverfassung gebe, in der man selber bestimmen könne, wie das Gesicht, das Herz und der Geist einer Stadt geformt würden. Das heutige Emden sei das Werk aller demokratischen Parteien - auch der Kommunisten - nach dem Kriege.

Er sei dankbar, daß er bis auf den heutigen Tag ein wenig dabei habe mithelfen dürfen. Dieses habe er vielen Menschen zu verdanken, seiner Frau, seiner Familie, seinen Freundinnen und Freunden, den Wählerinnen und Wählern und nicht zuletzt der Sozialdemokratischen Partei.

Er möchte einen Mann besonders hervorheben, nämlich Hans Grigull, der 12 Jahre I. Bürgermeister dieser Stadt gewesen sei und sich große Verdienste nicht nur um den Stadtteil Port Arthur/ Transvaal, sondern auch um die Städtepartnerschaft Archangelsk erworben habe. Ohne ihn gebe es diese humanitäre Hilfe nicht, wie man sie immer wieder erlebe.

Hans Grigull sei vor wenigen Tagen in einer demokratischen Abstimmung unterlegen. Das sei Gott sei Dank in diesem Staate möglich, aber er habe sich nicht verkrochen, sondern stelle sich. Das zeichne den Mann, den Menschen Hans Grigull, aus. Er habe sich um die Stadt Emden verdient gemacht. Als Anerkennung des Rates aber auch aus persönlicher

Wertschätzung heraus möchte er ihm einen Blumenstrauß überreichen und seinen Dank aussprechen.

Herr Brinkmann fährt fort, er sei durch und durch Kommunalpolitiker, weil es Spaß mache, mit den Menschen vor Ort zu arbeiten. Er sei Sozialdemokrat, ein Mitglied der ältesten Partei Deutschlands, die die sozialistischen Gesetze überstanden habe wie auch das Dritte Reich, in welchem Frauen und Männer ins KZ geschickt worden seien.

Die gemeinsamen Gegner - er sage dies, weil seine ganze Hochachtung allen demokratischen Parteien gelte - seien, egal ob von links oder rechts, die Radikalen. Dazu zähle er auch solche Männer, wie sie z.B. im Rat der Stadt Leer säßen, nämlich den Anwalt Koch. Wer über 50 Jahre nach dem Kriege nichts aus der Geschichte gelernt habe, der habe sein Mandat verwirkt. Es müßten alle daran mitarbeiten, daß Menschen mit dieser Einstellung, die man glaubte überwunden zu haben, keinen Platz in diesem Hause fänden.

Sein Dank gelte seiner langjährigen Sekretärin, Frau Janßen, sowie seinem Fahrer, Herrn Bakker, die immer für ihn da gewesen seien und ihm viel Arbeit abgenommen hätten.

Er möchte noch ein Wort zum vergangenen Wahlkampf sagen, der mit harten Bandagen geführt worden sei und manchem weh getan habe. Die Zeit heile die Wunden, wenn das Vergessen auch schwerfalle. Dennoch möchte er allen, die im politischen Sinne seine Gegner seien, die Hand ausstrecken, um das Miteinander zu suchen und das Trennende zu überwinden zum Wohle der Stadt Emden getreu dem Spruch über dem Eingang des Rathauses: CONCORDIA RES PARVAE CRESCVNT - In Eintracht wachsen kleine Dinge.

Punkt 11: Vorlage 13/9/3  
Umbildung von Ratsausschüssen

Beschluß: Der Rat stellt die nachstehend aufgeführten Ausschußumbesetzungen fest:

1. Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen

**Herr Johann Südhoff** für Herrn Alwin Brinkmann

2. Geschäftsordnungsausschuß

**Herr Rico Mecklenburg** für Herrn Alwin Brinkmann

3. Jugendhilfeausschuß

**Frau Elfriede Meyer** für Herrn Hans-Dieter Haase

Stellv. Mitglied:

**Herr Hans-Dieter Haase** für Frau Elfriede Meyer

Beratendes Mitglied (Kath. Kirchengemeinde):

**Herr Uwe Wilms** für Herrn Michael Lier

4. Rechnungsprüfungsausschuß

**Herr Hermann Züchner** für Frau Christine Schmidt-Reinders

5. Schulausschuß

**Herr Dieter Dilling** für Herrn Horst Jahnke

6. Sozialausschuß

**Herr Dieter Dilling** für Herrn Johann Südhoff

7. Sportausschuß (beratende Mitglieder):

**Herr Hans-Dieter Engelberts** für Frau Emmy van Detten

**Herr Rainer Mensen** für Herrn Ludwig Jahnke

8. Stadtplanungsausschuß

**Herr Dieter Dilling** für Herrn Alwin Brinkmann

Ergebnis: einstimmig

Punkt 12: Vorlage 13/10/2  
Neubestimmung von Ausschußvorsitzenden

Beschluß: Der Rat stellt die nachstehende Änderung in der Besetzung zweier Ausschußvorsitze fest:

Stellvertretender Vorsitz im Stadtplanungsausschuß

bisher: Alwin Brinkmann  
neu : Johann Südhoff

Stellvertretender Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuß

bisher: Christine Schmidt-Reinders  
neu: Hermann Züchner

Ergebnis: einstimmig

Punkt 13: Vorlage 13/11/3  
Umbesetzung von Gremien

Beschluß: Der Rat stellt folgende Änderungen in der Besetzung der nachstehend aufgeführten Gremien fest:

**1. GEWOBA Emders Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH**

Aufsichtsrat:

|             |                     |                       |
|-------------|---------------------|-----------------------|
| SPD:        | Für Herrn Brinkmann | <b>Frau Pohlmann</b>  |
| Verwaltung: | Für Herrn Röttgers  | <b>Herr Brinkmann</b> |

mann

Gesellschafterversammlung:

SPD: Für Frau Pohlmann **Frau Tamminga**  
Verwaltung: Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Brink-**

**2. Schlachthof Emden GmbH**

Aufsichtsrat:

SPD: Für Herrn Brinkmann **Herr Pauels**  
Verwaltung: Für Herrn Lieke **Herr Brinkmann**

Gesellschafterversammlung:

Verwaltung: Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Brinkmann**

**3. Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR**

Gesellschafterversammlung:

Verwaltung: Für Herrn Fecht **Herr Brinkmann**  
Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Fürst**  
(Vertreter für Herrn Hemken)

**4. Stadtwerke Emden GmbH**

Aufsichtsrat (beratend):

Verwaltung: Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Röttgers**

Gesellschafterversammlung:

Verwaltung: Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Brinkmann**

**5. Musikschule Emden e. V.**

Mitgliederversammlung:

Verwaltung: Für Herrn Lieke **Herr Brinkmann**

**6. Volkshochschule Emden e. V.**

Mitgliederversammlung:

Verwaltung: Für Herrn Lieke **Herr Brinkmann**

**7. Landesbühne Niedersachsen Nord**

Verbandsausschuß:

Verwaltung: Für Herrn Dr. Hinnendahl **Herr Brinkmann**  
Für Herrn Dr. Eichhorn **Herr H. Janßen**  
(als Vertreter)

## **8. Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer**

Vorstand (stellvertretendes Mitglied):

Verwaltung: Für Herrn Lieke **Herr Hemken**

## **9. Museumsbetrieb "Ostfriesisches Landesmuseum und Emders Rüst-kammer"**

Direktorium:

SPD: Herr Leeker Vertreterin: Frau I. Hoffmann  
Frau Kaune Vertreterin: Frau M. Hoffmann

Verwaltung: Herr Brinkmann Vertreter: Herr Hemken

Ergebnis: einstimmig

Punkt 14: Vorlage 13/11/3  
Umbesetzung von Gremien durch Wahl

Beschluß: Der Rat stellt durch Wahl folgende Änderungen in der Besetzung der nachstehend aufgeführten Gremien fest:

### **1. Industrie-Wasserversorgungsgesellschaft-Nordwest-Niedersachsen mbH**

Aufsichtsrat: Erster Stadtrat Ludwig Hemken

### **2. Hans-Beutz-Stiftung für Verdienste um Erziehung und Bildung** Stadtratsrat Uwe Ammermann

### **3. Kommunalen Feuerlöschkostenausgleich Ostfriesland**

Vorstand: Stadtoberamtsrat Wolfgang Münch  
Stadtang. Friedrich Helbing  
(Vertreter)

### **4. Landesbühne Niedersachsen Nord**

Aufsichtsrat: Erster Stadtrat Ludwig Hemken

### **5. Verkehrsregion-Nahverkehr Ems-Jade GbR**

Geschafterversammlung: Ratsherr Friedhelm Merkentrup

Ergebnis: einstimmig

Es wird eine Pause von ca. 10 Minuten eingelegt.

(Herr Abels verläßt die Sitzung.)

Punkt 15: Vorlage 13/602  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1997

(Die Herren Brinkmann, Grigull, Docter, Groeneveld, Jahnke, Janßen sowie Frau Tamminga nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. den Jahresüberschuß von 118.079,82 DM abzüglich Kapitalertragsteuer an den Betrieb gewerblicher Art "Bäder" der Stadt Emden auszuschütten,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 7

Punkt 16: Vorlage 13/603  
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, für das Geschäftsjahr 1997

(Die Herren Brinkmann, Jerems und Hegewald sowie Frau Grix und Frau E. Meyer nehmen an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der GEWOBA Emden, Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. den ausgewiesenen Bilanzgewinn 1997 von 130.035,11 DM in andere Gewinnrücklagen einzustellen,
3. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 5

Punkt 17: Vorlage 13/613  
Entlastung der Geschäftsführung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden für das Geschäftsjahr 1997

(Herr Grigull nimmt an der Beratung und Beschlußfassung nicht teil.)

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluß für das Geschäftsjahr 1997 anzunehmen,
2. den Gewinn in Höhe von 48.462,34 DM vorzutragen,
3. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 1997 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig  
Befangen: 1

Punkt 18: Vorlage 13/616  
Gründung eines Dachverbandes für den Fremdenverkehr

Auf Rückfrage von **Herrn Renken** erklärt **Herr Hemken**, als Nachfolgeorganisationen für den bisherigen Fremdenverkehrsverband Nordsee-Niedersachsen-Bremen e.V. habe sich die Marketinggesellschaft "Die Nordsee - Sieben Inseln, eine Küste" gegründet. Hier sei die Stadt Emden durch den Verkehrsverein Seehafenstadt Emden e.V. vertreten. Für die Lobbyarbeit sei der "Tourismusverband Nordsee e.V." zuständig, dem die Stadt Emden als direktes Mitglied angehöre.

Neben der zu erwartenden effektiveren Arbeit des Dachverbandes werde sich aller Voraussicht nach auch die finanzielle Seite günstiger gestalten, was die Zustimmung zu dieser Vorlage erleichtern sollte.

Beschluß: Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Emden zum Tourismusverband Nordsee e. V.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 19: Vorlage 13/615  
Umbenennung der WKO Wärmevertriebs-GmbH in SWE-TEL GmbH und  
Änderung des Geschäftszwecks  
- Neuer Gesellschaftsvertrag

**Herr Hemken** erläutert die Vorlage.

Beschluß: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. der Umbenennung der Wärmekraft Ostfriesland Wärmevertriebs-GmbH in SWE-TEL GmbH und der Änderung des Geschäftszwecks zuzustimmen und
2. den Gesellschaftsvertrag der SWE-TEL GmbH zu ratifizieren.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 20: Vorlage 13/606  
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1998

**Herr Hemken** gibt die in den letzten beiden Monaten getätigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben bekannt und hebt insbesondere die Werkvertragskosten im Rahmen der Beteiligung der Stadt Emden am Jubiläum "100 Jahre Dortmund-Ems-Kanal" hervor. Zu den verschiedenen geplanten Veranstaltungen werde es in der nächsten VA-Sitzung einen Bericht geben.

Kenntnis genommen.

(Frau Schmidt-Reinders verläßt die Sitzung.)

Punkt 21: Vorlage 13/402/3  
Vorhaben- und Erschließungsplan D 133 - mit gestalterischen Festsetzungen  
- Windpark Wybelsumer Polder  
- Öffentliche Auslegung (Stadium II)

**Herr Röttgers** führt aus, seit dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro habe die Windkraft unter dem Gesichtspunkt 'Klimaschutz' einen erheblichen Aufwind erfahren. Auch das Land Niedersachsen habe die Förderung der Windkraft auf ihre Fahnen geschrieben und im LROP verankert. Danach werde verbindlich vorgeschrieben, Vorrangstandorte für Windenergie mit einer Kapazität von mindestens 30 MW in Emden vorzuhalten.

Im Flächennutzungsplan sei diese Vorgabe umgesetzt worden, indem eine bereits seit 1980 in Wybelsum ausgewiesene Gewerbefläche 1995 mit einem Sondergebiet für Windenergie überplant worden sei. Zusätzlich sei ein zweiter Standort in Borssum ausgewiesen worden, um die geforderte Kapazität von 30 MW mit den damaligen 0,5 MW-Anlagen unterbringen zu können.

Für den Windpark Wybelsum habe das Land Niedersachsen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die besondere Kriterien erarbeitet habe, u.a. sei die Rede davon gewesen, daß die Bürger sich finanziell an diesem Windpark beteiligen sollten, wozu es bisher nicht gekommen sei.

Es sei weiterhin verbindlich vorgegeben worden, daß eine Umweltstudie durchgeführt und der Windpark über einen Bebauungsplan nebst Grünordnungsplan abgesichert werden müsse. Das sei geschehen, indem der Bebauungsplan D 133 mit dem besagten Windpark im Wybelsumer Polder ins Verfahren gegeben worden sei. Im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sei eine Vielzahl von Bedenken und Anregungen vorgetragen worden, über die heute zu entscheiden sei, um dann in die öffentliche Auslegung zu gehen.

Die Abwägungsvorschläge seien sehr ausführlich im Stadtplanungsausschuß am 02.07.1998 und im VA am 06.07.1998 vorgestellt worden. Kurz vor der Ratssitzung am 09.07.1998 habe dann ein Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg vorgelegen, wonach ein Mindestabstand von 700 m zu Wohngebäuden im Außenbereich erforderlich sei. Weil das zu Irritationen geführt und diesen Windpark berührt habe, sei der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt worden. Kurze Zeit später seien die Irritationen jedoch durch das OVG ausgeräumt worden, d.h. es gelte die Einzelfallprüfung. Die damalige Vorlage komme daher jetzt direkt in den Rat.



Herr Röttgers geht sodann auf die vorgebrachten Anregungen und Bedenken ein, wie in der Vorlage dargelegt. Nach mehreren Versammlungen und Gesprächen sei der Entwurf im Einvernehmen mit dem Investor geändert worden, so daß von den insgesamt vorgesehene 39 Anlagen 3 wegfielen und verschiedene Anlagen verlegt worden seien, um einen Abstand von ca. 500 m zu erreichen. Der Geltungsbereich sei verkleinert, und die Kompensationsflächen für den Eingriff in Natur und Landschaft seien verändert worden. Man sei bei dem Mindestabstand von 500 m geblieben, obwohl es nach dem Urteil des OVG auch zu geringeren Entfernungen kommen könne.

Darüber hinaus sei auf Antrag der SPD-Fraktion im Stadtplanungsausschuß eine abweichende Beschlußempfehlung gefaßt worden, zwei weitere Anlagen so zu verschieben, daß zu der geschlossenen Siedlung Wybelsum ein Abstand von mindestens 800 m eingehalten werde. Vor diesem Hintergrund bleibe nur festzustellen, daß lt. Angaben von Herrn Ratzbor als Gutachter für den Grünordnungsplan die Brut- und Rastvögel nicht beeinträchtigt würden.

Herr Röttgers gibt den vom Stadtplanungsausschuß und VA empfohlenen Beschlußvorschlag bekannt und bittet um Zustimmung.

**Herr Bongartz** trägt vor, nachdem über den Windpark Wybelsum seit Jahren diskutiert werde, müsse man jetzt langsam zu einem Ende kommen. Die CDU-Fraktion habe die Sache immer positiv begleitet, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft durch diesen Windpark nicht benachteiligt werden dürfe, sondern es einen nachvollziehbaren Interessenausgleich geben müsse zwischen den Betreibern und der Landwirtschaft. Er habe gehört, daß bereits Kontakte aufgenommen worden seien und auch Verträge geschlossen würden.

Es sei beschlossene Sache gewesen, den Windpark um 3 Anlagen zu reduzieren. Nach Vorlage des Gerichtsurteils sei davon die Rede gewesen, wieder 3 Anlagen hineinzunehmen. Er richte deshalb den Appell an die Betreiber des Windparks, bei dem zu bleiben, was vereinbart worden sei, so daß mit der Bevölkerung ein Konsens erzielt werde.

**Herr Brinkmann** kann aus den Gesprächen mit den Betreibern des Windparks berichten, daß diese sowohl die Anzahl der Anlagen als auch die Abstände akzeptierten.

**Herr Leeker** berichtet, es sei eine Menge Vorarbeit geleistet worden von allen Beteiligten, wobei man immer sowohl die Interessen der Bevölkerung als auch der Betreiber berücksichtigen müssen. Er sei froh über die jetzt gefundene Lösung, die Anlagen in einer Entfernung von 500 m zu den Einzelgehöften und 800 m zum Dorfkern zu bauen. Seiner Meinung nach sei das ein Meilenstein, um Zufriedenheit zwischen den Kontrahenten zu erreichen.

Die Bevölkerung habe jetzt einen weiteren Monat Zeit, um ihre Bedenken erneut darzulegen. Er möchte darauf hinweisen, daß es zwischen Wybelsum und Borssum keinerlei Bezug gebe. Von der geforderten Kapazität von 30 MW habe man bisher 20 MW erreicht, so daß noch 7 Anlagen benötigt würden. Dafür brauche man den Standort Borssum nicht. Seine Fraktion habe sich diesbezüglich entschieden.

Was den Windpark Wybelsum angehe, so seien die Belange der Landwirtschaft seiner Meinung nach gewahrt worden. Zu der angesprochenen Überdimensionierung sei zu sagen, daß man es geschafft habe, 3 Anlagen zu streichen. Er möchte sich an dieser Stelle bei der Verwaltung, insbesondere bei Herrn Docter und beim Leiter des Rechtsamtes, der sich ebenfalls intensiv mit der Sache beschäftigt habe, für die gute Zusammenarbeit bedanken. Er hoffe, daß auch der 3. Durchgang zu einem guten Ende geführt werde. Namens seiner Fraktion möchte er die Zustimmung zum jetzigen Entwurf signalisieren und die Hoffnung

aussprechen, daß die Bevölkerung sich wiederum intensiv beteilige. Seine Fraktion stehe jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

**Herr Renken** bemängelt, daß die bereits am 02.07.1998 im Stadtplanungsausschuß behandelte Vorlage heute in unveränderter Fassung vorgelegt werde. Er habe eine neue Vorlage mit dem geänderten Beschlußentwurf erwartet.

Des weiteren habe die Verwaltung im Stadtplanungsausschuß allen Fraktionen die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung zugesagt, die man bis heute nicht auf dem Tisch habe. Seiner Meinung nach hätte man die Unterlagen in den Fraktionen oder in einer erneuten Stadtplanungsausschußsitzung vorstellen müssen. Aus diesen Gründen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Auch hinsichtlich der Frage des Natur- und Vogelschutzes sei keine ausreichende Klärung erfolgt. Herr Dr. Schreiber, der maßgeblich an der Untersuchung beteiligt gewesen sei, habe sich mit Schreiben vom 14.07.1998 sehr unzufrieden geäußert. Es wundere ihn sehr, daß man nicht im Vorfeld der Ratssitzung informiert worden sei. Er halte die Abwägungsunterlagen nicht für ausreichend.

Außerdem möchte er darauf hinweisen, daß die Bezirksregierung im Rahmen des Verfahrens von einem Mindestabstand von 500 m zur Einzelhausbebauung ausgehe, dessen Einhaltung er durch die jetzige Planungsvorlage nicht gewährleistet sehe, da von **ca.** 500 m gesprochen werde. Begrüßenswert sei, daß ein Mindestabstand von 800 m zur Siedlung erreicht worden sei.

Bezüglich der noch benötigten 7 Anlagen müßten entsprechende Gebiete ausgewiesen werden, wobei es allerdings unverständlich sei, weshalb der Standort Borssum, der im Vergleich zu Wybelsum konfliktfrei sei, gestrichen werde.

**Herr Wessels** berichtet, die Bevölkerung der Vororte Wybelsum und Logumer Vorwerk könne diesen Windpark in der geplanten Dimension so nicht akzeptieren. Bereits 1992 habe man sich im Ortsrat mit dem Thema Windenergie befaßt und um Herausnahme bestimmter Anlagen gebeten, was aber abgelehnt worden sei. Wenn hier von einer Entfernung von 500 m zur Einzelbebauung und 800 m zur Siedlung gesprochen werde, so müsse man auch berücksichtigen, daß die dort wohnenden Menschen jeden Tag die Windräder vor Augen hätten. Er bedauere, daß das Urteil des VG Oldenburg wieder gekippt worden sei.

Nach einer abschließenden Diskussion, in der die **Herren Bolinius** und **Odinga** noch einmal ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck bringen, sagt **Herr Röttgers** zu, zum Satzungsbeschuß mit dem Durchführungsvertrag eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen. Das Gutachten von Herrn Dr. Schreiber sei sehr umfangreich und könne nicht einfach beigefügt werden. Es nehme auch zu dem Nachtflug der Gänse Stellung und komme insgesamt zu dem Ergebnis, daß die Natur nicht wesentlich beeinträchtigt werde bzw. ein Ausgleich möglich sei.

Auf Rückfrage von **Herrn Wessels** gibt **Herr Röttgers** Erläuterungen zu den veränderten Ausgleichsflächen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** läßt über die geänderte Beschlußvorlage abstimmen.

#### Abweichender

- Beschluß: a) Der Geltungsbereich des Planentwurfes wird wie in der Anlage C dargestellt verändert. Der Entwurf ist dadurch zu ändern, daß die Anlagenstandorte 35 und 38 verlegt werden mit dem Ziel, 800 m Abstand zur Siedlung Wybelsum zu erreichen. Der Geltungsbereich ist entsprechend anzupassen.

- b) Der Entwurf und die Entwurfsbegründung des VEP D 133 werden gemäß § 3 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 26  
Dagegen: 8  
Enthalt.: 5

Punkt 22: Vorlage 13/288/1  
21. Änderung des Flächennutzungsplanes - (Aufhebung des Vorrangstandortes für Windenergie im Borssumer Hammrich)  
- Feststellungsbeschuß (Stadium III)

**Herr Röttgers** trägt vor, unter dem vorhergehenden Punkt habe er bereits dargelegt, weshalb der Wybelsumer Polder Ausgangspunkt der Windparküberlegungen gewesen sei und warum man zunächst einen zweiten Standort ausgewiesen habe. Mittlerweile kämen 1,5 MW-Anlagen zum Einsatz, so daß man mit dem Standort Wybelsumer Polder auf insgesamt 75 MW komme und die geforderten 30 MW bei weitem übersteige.

In Anbetracht der Tatsache, daß in Borssum Windkraftanlagen mit einer Höhe von 130 m zum Zuge gekommen wären, spiele natürlich auch das Landschaftsbild eine Rolle. Er möchte deshalb am Plan die Standorte für Windkraftanlagen an der Emder Stadtgrenze aufzeigen und zu bedenken geben, ob es tatsächlich gewollt sei, daß man keinen Blick mehr frei habe.

Das Verfahren zur Aufhebung des Vorrangstandortes im Borssumer Hammrich sei in die Wege geleitet und die öffentliche Auslegung durchgeführt worden, so daß jetzt das Abwägungsverfahren über die eingegangenen Anregungen und Bedenken, wie in der Vorlage im einzelnen aufgeführt, erfolge.

Die FNP-Änderung müsse bis zum Jahresende Rechtskraft erlangen, da man sonst ab 01.01.1999 die Windkraftanlagen genehmigen müsse.

**Herr Leeker** führt aus, seine Fraktion sei an den Beratungen beteiligt gewesen und habe sich mit großer Sorgfalt darum bemüht, eine sachgerechte Entscheidung zu treffen. Gestern abend sowie heute nachmittag hätten Gespräche mit den Betreiberinteressenten und deren Anwalt stattgefunden, in denen die Sachlage erörtert worden sei. Seine Fraktion bleibe bei ihrer Meinung, daß heute der Beschluß gefaßt werden sollte, die 21. Änderung wie vorgeschlagen durchzuführen.

Den Ausführungen von Herrn Röttgers, daß rundherum mit Windmühlen alles vollgestellt sein werde, könne er nur beipflichten. Auch die Jarßumer Bürger würden sicher auf die Barrikaden steigen, wenn der Windpark dort errichtet werde. Die Stadt habe ihr Soll über Gebühr erfüllt, und mehr könne man der Bevölkerung auch nicht zumuten.

**Herr Bongartz** bemerkt, wenn dieser Beschluß gefaßt werde, dann sei seiner Meinung nach die öffentliche Auslegung mit den Einwendungen, die noch zum Windpark Wybelsum kämen, im Prinzip eine Farce, weil es den Windpark-Standort in Borssum nicht mehr gebe und evtl. gemachte Vorschläge nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Seine Fraktion vertrete weiterhin die Ansicht, daß der Vorrangstandort für Windenergie im Borssumer Hammrich erhalten bleiben sollte.

Nach Meinung von **Herrn Renken** gehe es hier um ganz andere Dinge. Einer der Betreiber in Wybelsum habe verlauten lassen, daß es sich um einen Auftrag der Staatskanzlei handle, der offenbar einen höheren Stellenwert einnehme als die Belange der Bürger dieser Stadt.

**Herr Bolinius** verweist auf seinen unter TOP 2 gestellten Antrag, diesen Punkt heute von der Tagesordnung zu nehmen, weil die Argumente der Betreiber und des RA Berghaus nicht widerlegt worden seien. Dieser habe als Fachanwalt für Verwaltungsangelegenheiten, insbesondere für Windenergieanlagen, darauf hingewiesen, daß ein großer Schaden für die Stadt Emden entstehen könnte. Man sollte daher die Sache nicht übers Knie brechen. Seine Fraktion sei gegen diesen Beschlußentwurf und bedauere außerordentlich, daß man nicht noch etwas mehr Zeit habe.

**Herr Brinkmann** ist heute morgen über das Gespräch des Herrn RA Berghaus mit den Fraktionen und dessen Bitte, einen weiteren Termin nach entsprechender Beratung in der Verwaltung anzuberaumen, informiert worden.

Nach seiner Überzeugung habe die Verwaltung unter Beteiligung des Rechtsrates die Sache ordnungsgemäß und sorgfältig abgearbeitet. Wenn man heute keinen Beschluß fasse, werde der FNP nicht bis zum 31.12.1998 rechtskräftig, sondern erst im nächsten Jahr, und dann müsse, wie schon gesagt, die Genehmigung erteilt werden. Der Rechtsrat habe ihm versichert, daß die Stadt keinerlei Schaden zu erwarten habe, der nicht gedeckt sei.

**Herr Leeker** stellt klar, daß man den Wünschen der Staatskanzlei nicht folge, wenn man den Eindruck habe, daß die Bürger ungebührlich belastet würden. Es sei vom Land gewollt, was in Wybelsum geschehe, und das habe mit Borssum nichts zu tun. Für seine Fraktion sei in der Tat das Argument ausschlaggebend gewesen, die Änderung des FNP rechtskräftig zu bekommen, um einen Wildwuchs zu Lasten aller Bürger zu vermeiden. Keine andere Fraktion habe derartige Anstrengungen unternommen, um zu Erkenntnissen zu kommen und nach Wegen zu suchen, die Änderung zustande zu bringen. Der Vorwurf, daß man einfach mit dem Kopf durch die Wand gehe, treffe nicht zu, weil das Gegenteil in den letzten Monaten und Wochen bewiesen worden sei.

Nach dem Hinweis von **Herrn Groeneveld**, daß der Stadt Gewerbesteuererinnahmen verlorengingen, wenn dieser Windpark nicht errichtet werde, bekräftigt **Herr Leeker** noch einmal die von seiner Fraktion vertretene Position.

Beschluß: Die Anregungen 1, 2 und 3 werden nicht berücksichtigt.

Die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes und der zugehörige Erläuterungsbericht werden beschlossen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 24  
Dagegen: 15

Punkt 23: Vorlage 13/269/2  
15. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gewerbegebiet Harsweg und östliche Erweiterungsflächen)  
- Beitrittsbeschluß

Beschluß: Die Stadt Emden tritt der Maßgabe der Bezirksregierung Weser-Ems in der FNP-Änderungsgenehmigung vom 28.07.1998 (Az: 204-206.11-21101-02000/15) bei und beschließt die Kapitel 8.0 Grünordnung, 9.2 Altlasten, 9.4

Natur und Landschaft und 10.0 Bodenordnung der Begründung zum Bebauungsplan D 24 C II sowie dessen naturschutzfachliche Anlage als Teil der Abwägung und Bestandteil des Erläuterungsberichtes der 15. FNP-Änderung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 24: Vorlage 13/278/2  
22. Änderung des Flächennutzungsplanes (Gewerbegebiet Nesserland)  
- Beitrittsbeschuß

Beschluß: Die Stadt Emden tritt der Maßgabe der Bezirksregierung Weser-Ems in der FNP-Änderungsgenehmigung vom 28.07.1998 (Az: 204-206.11-21101-02000/22) bei und beschließt die Kapitel 7.0 Grünflächen, 10.1 Lärm, 10.2 Altlasten, 10.5 Natur und Landschaft der Begründung zum Bebauungsplan D 127 sowie dessen naturschutzfachlichen Anlagen und Lärmgutachten als Teil der Abwägung und Bestandteil des Erläuterungsberichtes der 22. FNP-Änderung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 25: Vorlage 13/435/3  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan D 125 1. Änderung (Folkmar-Allena-Straße) gemäß § 12 BauGB  
- Satzungsbeschuß (Stadium III)

Beschluß:

1. Die vorgebrachten Anregungen werden nicht berücksichtigt.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan D 125, 1. Änderung (mit gestalterischen Festsetzungen) nebst Begründung wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 26: Vorlage 13/605  
Bebauungsplan D 57 2. Änderung Gewerbegebiet Kaiser-Wilhelm-Polder, Gebiet zwischen Niedersachsenstraße, Zweiter Polderweg und Stedinger Straße  
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

**Herr Hellmann** begrüßt die Einrichtung eines Kreisverkehrs, weist aber darauf hin, daß durch die Anbindung des Gewerbegebietes Dithmarscher Straße an die Niedersachsenstraße ein Schleichweg entstehen könnte. Schon jetzt sei es zu bestimmten Zeiten schwierig, den Parkplatz Interspar zu verlassen, weil sich an der Kreuzung Larrelder Straße die Fahrzeuge stauten.

**Herr Brinkmann** kann dies bestätigen und würde versuchen, über eine Änderung der Ampelschaltung eine Lösung der Verkehrsprobleme zu erreichen.

- Beschluß: a) Der Vorentwurf zum Bebauungsplan D 57, 2. Änderung wird im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von drei Wochen öffentlich ausgestellt.
- b) Der Geltungsbereich des Plangebietes wird gegenüber dem Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses zur 2. Änderung des Bebauungsplanes D 57 vom 11.12.1995 (VA-Beschluß) erweitert. Der geänderte Geltungsbereich ergibt sich aus der Anlage.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 27: Vorlage 13/604  
Bebauungsplan D 137 im Stadtteil Harsweg, Gebiet zwischen Auricher Straße, Tettastraße, Kreuzstraße und Alter Postweg  
- Aufstellungsbeschluß (Stadium I)

**Herr Leeker** weist unter Bezugnahme auf die unter TOP 2 zu diesem Punkt geführte Diskussion darauf hin, daß seine Fraktion diesen Beschluß ausdrücklich begrüße und darauf bestehe, daß das Verfahren weiterlaufe, um sich in der Zwischenzeit über die Bebauungsmöglichkeiten und evtl. entstehende Belastungen für die Bevölkerung durch den Bau einer weiteren Tankstelle zu informieren. Anschließend werde man zu einer Entscheidung kommen.

Daß die F.D.P.-Fraktion diesen Punkt heute wieder vom Tisch haben wolle, nachdem sie zuvor mit der Einleitung des Verfahrens einverstanden gewesen sei, kennzeichne ihre Haltung. Auch bei der Windpark-Diskussion würden unterschiedliche Meinungen vertreten.

**Herr Dr. Beisser** bekräftigt noch einmal die Position seiner Fraktion, heute keinen Beschluß zu fassen, weil damit praktisch eine Entscheidung vorweggenommen werde.

**Herr Janßen** erklärt, seine Fraktion werde aus Gründen der Logik der Vorlage zustimmen.

Beschluß: Der Bebauungsplan D 137 wird aufgestellt.

Ergebnis: einstimmig  
Enthalt.: 2

Punkt 28: Vorlage 13/636  
Bestimmungen über die Ablösung von Erschließungsbeiträgen im Baugebiet D 129 - Conrebbersweg -

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügten Bestimmungen über die Ablösung von Erschließungsbeiträgen für die Erschließungsstraßen im Baugebiet D 129 - Conrebbersweg -.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 29: Vorlage 13/635  
Zusammenfassung der Straßen im Baugebiet D 129 - Conrebbersweg - zu einer Erschließungseinheit

Beschluß: Der Rat der Stadt Emden beschließt, die im Baugebiet D 129 - Conrebbersweg - geplanten Straßen Beethovenstraße (teilweise), Mozartstraße (teilweise), Clara-Schumann-Straße (teilweise), Anton-Bruckner-

Straße, Franz-Schubert-Straße, Richard-Strauss-Straße, Franz-Liszt-Straße, Gustav-Mahler-Straße und Carl-Orff-Straße zu einer Einheit gemäß § 130 Abs. 2 Baugesetzbuch zusammenzufassen und den Erschließungsaufwand insgesamt zu ermitteln.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 30: Vorlage 13/300/2  
Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes

Beschluß: Der Rat tritt den in der Genehmigungsverfügung der Bezirksregierung Weser-Ems vom 18.06.1998 enthaltenen Maßgaben zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes bei.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 31: Vorlage 13/545/1  
Geflügelmastbetrieb - Antrag der F.D.P.- Fraktion vom 27.07.1998

Ergebnis: Vom Antragsteller zurückgezogen.

Punkt 32: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Vorlage 13/610  
Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Abschlußprüfung für das Geschäftsjahr 1997 des Rettungsdienstes DRK/Stadt Emden GbR

Kenntnis genommen.

2. Vorlage 13/611  
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1997 der Musikschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Kenntnis genommen.

- - - - -

3. Vorlage 13/612  
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1997 der Volkshochschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Kenntnis genommen.

- - - - -

4. Vorlage 13/163/9  
Bau eines Emssperrwerkes zwischen Gandersum und Nendorp - Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses

**Herr Bolinius** führt aus, wie man dem Planfeststellungsbeschuß entnehmen könne, sei der Bau einer Schleuse nicht vorgesehen. Er könne nur hoffen, daß die Umweltverbände mit ihrer Klage Erfolg hätten.

**Herr Haase** weist darauf hin, daß Ministerpräsident Schröder wie auch Bundesminister a.D. Seiters zugesagt hätten, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die über den Einbau einer Schleuse beraten solle. Der Emdener Rat habe deutlich gemacht, daß er - wie auch die Emdener Bevölkerung - eine Schleuse wolle, und an dieser Position werde man festhalten.

**Herr Bongartz** entgegnet, die Emdener hätten auch den Vorhafen gewollt, und es sei nichts daraus geworden. Er halte es, wie schon gesagt, für absolut unsinnig, daß nach einem gefaßten Planfeststellungsbeschluß, wonach für dieses Bauvorhaben keine Schleuse benötigt werde, und nachdem bereits mit dem Bau begonnen worden sei, sich anschließend eine Arbeitsgruppe damit beschäftige, einen Planfeststellungsbeschluß für eine Schleuse herbeizuführen.

**Herr Bolinius** bemerkt, daß man eine Schleuse wolle, habe der Emdener Rat in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, die allerdings erst verspätet am 20.07.1998 auf den Weg gebracht worden sei. Der nachträgliche Einbau einer Schleuse verursache Mehrkosten in Höhe von 20 bis 30 Mio. DM, da zusätzliche Pfeiler eingebaut werden müßten. Dafür habe er kein Verständnis.

**Herr Strelow** erklärt, seine Fraktion habe sich der Resolution angeschlossen, daß ein Sperrwerk nur mit Schleuse gebaut werden dürfe. Die Ankündigung von Herrn Schröder diene nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen angesichts des Wahlkampfes.

Wenn jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt werde, dann bedeute das nicht, daß eine Schleuse ohne ein weiteres Verfahren gebaut werde, sondern es sei ein neues Verfahren nötig mit der erforderlichen Anhörung, und es bestehe weiterhin Klagemöglichkeit. Alles dies sei Herrn Schröder frühzeitig bekannt gewesen, und er sei auch derjenige gewesen, der das Ganze abgesegnet habe zugunsten der Meyer-Werft. Das Anhörungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen gewesen, da seien die ersten Aufträge schon vergeben worden, und der erste Rammschlag sei gemacht worden, obwohl die Einspruchsfrist noch gar nicht abgelaufen gewesen sei.

**Herr Grigull** ist enttäuscht über die hier geführte Diskussion. Jeder versuche, dem anderen die Schuld zuzuschieben. Seiner Meinung nach sollten jetzt alle an einem Strang ziehen und parteiübergreifend versuchen, sowohl im Landtag als auch im Bundestag, eine Schleuse zu bekommen, ob nun sofort oder nachträglich. Es handele sich hier um eine notleidende Region, deren Sorgen nicht noch dadurch vergrößert werden dürfe, daß sich mancher Unternehmer hier nicht ansiedele, weil es Schwierigkeiten geben könnte mit der Befahrbarkeit der Ems.

Nach einer kurzen abschließenden Diskussion weist **Herr Dr. Kleinschmidt** darauf hin, daß der Rat eine Schleuse gefordert habe und jeder an seinem Ort darauf hinwirken müsse, daß diese Forderung erfüllt werde.

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.40 Uhr.